

Die Neuordnung des Politischen: Die PKK und ihr Projekt der radikalen Demokratie

Joost Jongerden und Ahmet Hamdi Akkaya

Joost Jongerden und Ahmet Hamdi Akkaya: *Die Neuordnung des Politischen: Die PKK und ihr Projekt der radikalen Demokratie*. In: Joost Jongerden, Ahmet Hamdi Akkaya: *Die Entwicklung der kurdischen Freiheitsbewegung – Gesammelte Texte zur Einführung in Geschichte und Gegenwart*. Frankfurt am Main: Westend 2022. DOI: <https://doi.org/10.53291/PMHJ4918>

Einleitung

Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), eine der wichtigsten säkularen politischen Bewegungen im Nahen Osten, hat in den 2000er Jahren nach der Festnahme ihres Anführers Abdullah Öcalan im Jahr 1999 einen tiefgreifenden Wandel vollzogen. Nach einer langen Periode des „nationalen Befreiungskampfes“, der auf die Errichtung eines eigenen Staates abzielte, änderte die PKK ihren Kurs hin zu einem Projekt der radikalen Demokratie, das auf der Ablehnung des Staates beruht (Akkaya und Jongerden 2011). Die PKK, die sich an der revolutionären Linken in der Türkei orientierte, schuf eine neue Grundlage für eine radikale Politik in der heutigen Türkei. In diesem Artikel wird die These vertreten, dass sich die PKK durch diese Transformation ideologisch neu erfunden und auf der Grundlage einer Auseinandersetzung mit dem Demokratiekonzept neue Formen der Politik entwickelt hat. Wir untersuchen in diesem Beitrag den Inhalt dieses neuen Projekts und seine praktischen Auswirkungen. Auf

die organisatorische Umstrukturierung im Zusammenhang mit dem neuen politischen Projekt der PKK gehen wir nicht ein, da wir dies bereits an anderer Stelle erörtert haben.

Mit dieser Diskussion schließt unsere Arbeit eine Lücke in den türkischen und kurdischen Studien. Obwohl die kurdische Frage in der Türkei in großem Umfang untersucht wurde, lag der Schwerpunkt auf dem staatlichen Diskurs und der Sicherheitspolitik, während der Rolle der kurdischen Organisation selbst und insbesondere der PKK wenig Aufmerksamkeit gewidmet wurde (Barkey und Fuller 1998; Yegen 1999; Heper 2007). Nur wenige Studien befassen sich explizit mit der politischen Ideologie der PKK.⁷⁷ Darüber hinaus neigen die Arbeiten über die PKK dazu, die PKK als Anomalie zu behandeln, anstatt ihr einen Sinn zu geben. In diesem Artikel untersuchen wir das politische Projekt der PKK, wie es sich im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends entwickelt hat, und versuchen zu verstehen, wie die PKK selbst diesem Projekt einen Sinn gibt. Auf diese Weise verspricht der vorliegende Beitrag, sowohl das Wissen über das politische Leben in der heutigen Türkei zu erweitern als auch einen kritischen Beitrag zu den aktuellen Diskussionen über radikale Demokratie zu leisten.

Die Daten für diesen Artikel wurden durch das Studium von Öcalans Verteidigungstexten und seinen „Gefängnisschriften“ sowie von Schlüsseldokumenten der PKK wie Kongressberichten, offiziellen Beschlüssen und den Schriften ihrer Kader wie Mustafa Karasu gesammelt. Der Artikel gliedert sich in vier Teile. Zunächst wird die Entwicklung der radikalen Demokratie als wichtiges Konzept in der politischen Philosophie anhand ihrer Grundlagen und der Subjektivitäten, die sie prägen, nachgezeichnet. Anschließend werden die Veränderungen, die die

77 Özcan 2006; Akkaya und Jongerden 2011; Jongerden und Akkaya 2011; und kürzlich ein Buch von Cengiz Güneş (2012), das auf seiner Dissertation basiert, die sich mit der Ideologie der PKK auf der Grundlage einer kritischen Analyse der kurdischen Identität beschäftigt.

PKK nach der Verhaftung Öcalans durchlaufen hat, näher beleuchtet, wobei vor allem ihre Ideologie betrachtet wird. Was die PKK als „radikale Demokratie“ bezeichnet, wird in diesem Teil herausgearbeitet, wobei die im Rahmen der radikalen Demokratie entwickelten politischen Projekte – demokratische Republik, demokratischer Konföderalismus und demokratische Autonomie – unter Berücksichtigung der theoretischen Implikationen ausführlich diskutiert werden. Drittens wird die politische Dimension dieser Projekte untersucht, um die Frage zu beantworten, inwieweit sie gegenwärtig die Strategie und die alltäglichen Aktivitäten der PKK bestimmen. Im vierten Teil schließlich werden dieses Projekt der radikalen Demokratie und seine politischen Implikationen im Hinblick auf die Eventualitäten diskutiert, die sich daraus für die Lösung des anhaltenden Konflikts in der Türkei ergeben.

Radikale Demokratie als Alternative zur liberalen Demokratie

Seit den späten 1970er Jahren hat sich das Verständnis radikaler Politik im Rahmen des Marxismus verändert, und zwar in Bezug auf die drei wichtigen Säulen der Politik – Staat, Klasse und Partei –, und das radikale politische Denken nahm die Form einer „Politik jenseits des Staates, einer politischen Organisation jenseits der Partei und einer politischen Subjektivität jenseits der Klasse“ an (Badiou 2002: 95–97).⁷⁸

⁷⁸ Newman bezeichnete den Anarchismus als den „uneingestanden Referenten“ in diesem Wandel für aktuelle Debatten in der radikalen politischen Philosophie (Newman, 2010). In diesem Artikel räumte Newman auch den radikalen Charakter bestimmter Formen der Identitätspolitik in vielen nicht-westlichen Gesellschaften ein, wobei er insbesondere die Behauptung einer kurdischen kulturellen Identität in der Türkei erwähnte, obwohl er argumentierte, dass jede Art von Identitätspolitik in vielen westlichen Gesellschaften nicht mehr notwendigerweise radikal ist.

Innerhalb dieses Verständnisses radikaler Politik hat sich die Neuformulierung der „radikalen Demokratie“ als wichtigste Alternative zu den liberalen Demokratien des Westens herauskristallisiert. Sie hat den sozialen und politischen Bewegungen, von den „Befreiungsbewegungen“ in Lateinamerika bis hin zu den globalisierungskritischen Demonstrationen in den USA und Europa, neuen Auftrieb gegeben. In diesem Sinne können wir von einem breiten Spektrum radikaler Auffassungen von Demokratie jenseits der liberalen Version sprechen. In der kritischen Wissenschaft war die bekannteste die Neubetrachtung des Demokratiekonzepts in Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes bahnbrechender Studie „Hegemony and Socialist Strategy: Towards a Radical Democratic Politics“, die 1985 erstmals veröffentlicht wurde. Laclau und Mouffe hatten versucht, eine linke Alternative zur Radikalisierung der Demokratie zu formulieren und sie im Lichte der allgegenwärtigen Konflikte und der Macht zu vertiefen.⁷⁹

Im Rahmen dieses Artikels werden wir uns jedoch hauptsächlich auf die Studien von Michael Hardt und Antonio Negri (2004, 2009) konzentrieren, die der Diskussion über die radikale Demokratie aufgrund ihrer Betonung der Bedeutung des politischen Kampfes einen neuen Impuls verliehen haben.⁸⁰ Hardts und Negris dreiteilige Struktur bewegt sich von einer Analyse der Souveränität im Zeitalter der Globalisierung – von dem, was sie „Empire“ (2000) nennen, „die lebende Alternative, die innerhalb des Empire wächst“, über „Multitude“ (2004), eine „institutionelle Struktur und ... [die] politische Verfassung

79 Laclau und Mouffe diskutierten die Unzulänglichkeiten der liberalen Demokratietheorie sowie des klassischen marxistischen Diskurses in der Weise, dass „die Aufgabe der Linken nicht darin besteht, der liberal-demokratischen Ideologie abzuschwören, sondern im Gegenteil sie in Richtung einer radikalen und pluralen Demokratie zu vertiefen und zu erweitern“ (1985: 176).

80 Darüber hinaus ist der Architekt des radikaldemokratischen Programms der PKK, ihr inhaftierter Anführer Abdullah Öcalan, eindeutig von den Arbeiten von Negri und Hardt, insbesondere von Multitude (2004), und den Arbeiten von Murray Bookchin beeinflusst.

der Gesellschaft“ – zu dem, was sie „Common Wealth“ (2009) nennen. Dieses Schema lässt sich zusammenfassen als eine Analyse der Souveränität in der globalisierten Welt (Empire), des revolutionären Subjekts dieser Zeit (Multitude) und seines politischen Projekts der „Erweiterung unserer Kapazitäten für kollektive Produktion und Selbstverwaltung“ (Commonwealth) (2009: xiii). Es ist diese letztere Bedeutung der radikalen Demokratie, wie sie von Hardt und Negri entwickelt wurde, die für das kurdische Projekt von größerer Bedeutung ist, insbesondere wie sie Repräsentation und Souveränität konzipieren.

Hardt und Negri zielten darauf ab, die konzeptionelle Grundlage für ein neues Projekt der Demokratie zu erarbeiten. Für sie ist die Demokratie während der gesamten Neuzeit ein unvollständiges Projekt geblieben, und sie versuchen, ihren befreienden Inhalt wiederzubeleben, der in der Idee der Volkssouveränität (das Wort Souveränität leitet sich vom lateinischen *supremitas* oder *suprema potestas* ab, was „höchste Macht“ bedeutet) konstituiert ist, die als eine Macht definiert werden kann, die dem Volk gehört und über der es keine Macht gibt. Sie nennen mehrere Debatten, die mit der heutigen Idee der Demokratie zusammenhängen, aber für uns sind die wichtigsten die Debatten über den subversiven Charakter der Demokratie und der Repräsentation.

Der subversive Charakter der Demokratie hängt mit der Tatsache zusammen, dass die Demokratie ein unvollständiges Projekt war. Hardt und Negri argumentieren, dass die Demokratie erst durch soziale Kämpfe begann, die Ausgeschlossenen einzubeziehen, wie „Frauen, Besitzlose und Nicht-Weiße“. In ähnlicher Weise wurde Demokratie auch im Bereich der Wirtschaft diskutiert, die in der liberalen Theorie nicht von der Demokratie, sondern von den Märkten regiert wird. Diese Ausweitung der Demokratie kann als „subversiver Charakter der Demokratie“ bezeichnet werden: Sie ermöglicht ihre Ausdehnung auf alle Facetten der Gesellschaft.

Die zweite bezieht sich auf die (politische) Repräsentation bzw. die Trennung der souveränen Macht von der Gesellschaft, die in das Konzept der Repräsentation eingebettet ist: „Wenn die Macht an eine Gruppe von Herrschern übertragen wird, dann herrschen wir alle nicht mehr, wir sind von der Macht und der Regierung getrennt“ (Hardt und Negri 2004: 244). Seit dem 18. Jahrhundert hat dieses Konzept der Repräsentation das Feld des politischen Denkens in einem solchen Ausmaß monopolisiert, das jedes zeitgenössische Projekt der Demokratie mit einer Kritik der bestehenden Formen der Repräsentation beginnen muss.

Zu diesem Zweck erörtern Hardt und Negri in Anlehnung an Max Weber die verschiedenen Formen der Interessenvertretung, die sich im Laufe der Geschichte herausgebildet haben.⁸¹ Unter Bezugnahme auf die sozialistische politische Repräsentation, die sich vor allem auf die Erfahrungen der Pariser Kommune von 1871 stützt, stellen Hardt und Negri fest, dass diese in ähnlicher Weise gescheitert ist wie das liberale und konstitutionelle Modell. Daher machen sie sich auf die Suche nach neuen Formen der Repräsentation, die die Trennung zwischen dem Repräsentanten und dem Repräsentierten begrenzen und dabei gleichzeitig Alternativen für den Staat schaffen, die auf der Trennung der souveränen Macht von der Gesellschaft basieren (Hardt und Negri 2004: 245–6; 250–1). In diesem Sinne behaupten sie, dass die Multitude als „revolutionäres Subjekt der Zeit und ihr politisches Projekt (Commonwealth) neue Kontingenzen für die Erfindung „anderer Formen der Repräsentation oder neuer Formen der De-

81 Hardt und Negri unterscheiden drei Formen der Repräsentation, die angeeignete, die freie und die angewiesene Repräsentation. Die angeeignete Repräsentation hat das schwächste Glied und die stärkste Trennung zwischen Vertretern und Vertretenen. Die Repräsentanten werden nicht ausgewählt, ernannt oder kontrolliert, sondern interpretieren den Willen und die Interessen der Repräsentierten. Bei der freien Repräsentation haben die Vertretenen eine Verbindung zu den Vertretern, aber ihre Kontrolle ist begrenzt, zum Beispiel durch eine zeitliche Wahl. Die dritte Form ist die weisungsgebundene Repräsentation, bei der die Vertreter an die Weisungen der Vertretenen gebunden sind.

mokratie, die über die Repräsentation hinausgehen“ (2004: 255), darstellen kann. Konstitutiv für dieses neue Konzept der Demokratie ist, dass sich die Multitude konzeptionell von anderen Begriffen wie „das Volk“, „die Massen“ und „die Arbeiterklasse“ unterscheidet und niemals auf eine Einheit oder eine einzige Identität reduziert werden kann. Vielmehr „ersetzt die Multitude begrifflich das widersprüchliche Paar Identität-Differenz durch das komplementäre Paar Gemeinsamkeit-Singularität“ (2004: 218) und sie ist „das adäquate Subjekt, das eine neue Gemeinschaft konstruieren kann“ (Çıdam 2010).⁸²

Für Hardt und Negri hat diese Herstellung der Multitude auf der Grundlage der „revolutionären Zusammenstellung verschiedener Singularitäten“ die Fähigkeit, die bestehenden Muster sowohl der Repräsentation als auch der Souveränität zu verändern. Das bestehende Konzept von Souveränität basiert auf einem Grundprinzip: „Herrschaft durch ‚den Einen‘, sei es der Monarch, der Staat, die Nation, das Volk oder die Partei“ (2004: 328). In dieser Auffassung von Souveränität spielt das Volk, die Nation, die in einem einzigen Körper vereint ist, die Rolle des „einheitlichen politischen Subjekts“. In der Demokratie der Multitude gibt es jedoch keinen Platz für eine solche Souveränität, und die konsequente Infragestellung aller bestehenden Formen von Souveränität ist gleichzeitig eine Voraussetzung für diese Demokratie.

In all diesen Diskussionen räumen Hardt und Negri ein, dass dieser revolutionäre Prozess nicht spontan ist und gesteuert werden muss – aber sicherlich durch neue Formen und Methoden: Dies müsste demokratisch sein, und zwar nicht in dem falschen Sinne, wie wir es täglich von Politikern und Medien mit ihrem Schein von Repräsentation vorgesetzt bekommen, sondern in der aktiven und autonomen Selbstregierung der Multitude als Ganzes (2009: 372).

82 Unter Singularität verstehen Hardt und Negri „ein soziales Subjekt, dessen Differenz nicht auf Gleichheit reduziert werden kann, eine Differenz, die anders bleibt“, und für sie „besteht die Multitude aus einer Reihe von Singularitäten“ (2004: 99).

Nur durch diese Form der Selbstbestimmung können die Dilemmata der Vorhut, der Führung und der Repräsentation überwunden werden, die frühere Revolutionen geplagt haben.

In dieser Hinsicht und im Gegensatz zu den zeitgenössischen Standpunkten auf der Rechten wie auf der Linken messen Hardt und Negri der Identitätspolitik Bedeutung bei:

„Wir stehen vor einem Dilemma: Revolutionäre Politik muss bei der Identität beginnen, kann aber nicht dort enden. Es geht nicht darum, eine Trennung zwischen Identitätspolitik und revolutionärer Politik vorzunehmen, sondern im Gegenteil, den parallelen revolutionären Denk- und Praxisströmen innerhalb der Identitätspolitik zu folgen, die alle, vielleicht paradoxerweise, auf eine Abschaffung der Identität abzielen. Mit anderen Worten: Revolutionäres Denken sollte die Identitätspolitik nicht meiden, sondern muss sich durch sie hindurcharbeiten und von ihr lernen“ (2009: 326).

Hardt und Negri definieren drei wichtige Aufgaben in dieser Arbeit durch Identitätspolitik. Die erste ist, die Unterordnung der Identität sichtbar zu machen, was bedeutet, sich die Identität wieder anzueignen; die zweite ist, sich gegen die Strukturen der Herrschaft aufzulehnen und die untergeordnete Identität als Waffe im Streben nach Freiheit zu benutzen; und die dritte ist, ihre eigene Abschaffung anzustreben (2009: 327–333). Diese drei Aufgaben sind ihrer Ansicht nach untrennbar miteinander verbunden und müssen „gleichzeitig verfolgt werden, ohne etwa den revolutionären Moment in eine unbestimmte Zukunft zu verschieben“ (ebd.: 337).

Von hier aus können wir Verbindungen zum Projekt der PKK für radikale Demokratie aufzeigen, die diese drei verschiedenen Aufgaben der Identitätspolitik ins Auge gefasst hat. In diesem Projekt und ebenso in Hardts/Negris Konzept der radikalen Demokratie spielt das Konzept des Kampfes eine sehr entscheidende Rolle – in der Tat ist es der Kampf, der Subjektivität schafft.

Ähnlich wie Hardt und Negri kehrt die PKK zu einer frühneuzeitlichen Konzeption von Demokratie zurück, wobei Öcalan argumentiert, dass eines der vielversprechenden Elemente der frühsozialistischen Traditionen die Idee des Aufbaus der Demokratie von unten und die Wiederentdeckung der Idee der Multitude, einschließlich verschiedener Subjektpositionen, war.⁸³ Die Entwicklung der kurdischen Frage als Feld des Kampfes für Freiheit und Gleichheit ist eine Illustration der verschiedenen Widersprüche und der Pluralität des Sozialen. Gleichzeitig zeigt uns die Geschichte der kurdischen Frage in der Türkei, welche Schwierigkeiten die Linke hatte, diesen Kampf durch sozialistische Strategien zu artikulieren. Die traditionelle Linke forderte die Organisation des Kampfes um die Klasse herum und ließ dabei eine Reihe von Widersprüchen beiseite, die in der kurdischen Frage auftauchten und sich daraus ergaben (wie die der Entkolonialisierung und der sprachlichen, kulturellen und bürgerlichen Rechte).

Die PKK, die für den Mangel an Demokratie in ihren eigenen Reihen kritisiert werden kann, entwickelt gleichzeitig ein Programm der radikalen Demokratie. Dies kann man als „jakobinisches Paradoxon“ bezeichnen. Es waren die Jakobiner, die für die Schreckensherrschaft verantwortlich waren, die die Demokratie als politisches Projekt entwickelten (Žižek 2007). Die PKK ist insofern jakobinisch, als sie gleichzeitig Gewalt als Instrument für die Verwirklichung ihres politischen Programms der radikalen Demokratie einsetzt.

Radikale Demokratie im kurdischen Kontext

In den 2000er Jahren erarbeitete die PKK einen neuen ideologischen Rahmen, der dieses Projekt der radikalen Demokratie förderte. Dabei vollzog die PKK eine Art „Salto mortale“, in-

83 Öcalan, Prison Notes, 9. März 2005; Hardt und Negri 2004: 249.

dem sie sich durch eine Reihe von Veränderungen neu erfand und dafür eintrat, dass die Nation nicht auf der Grundlage der ethnischen Zugehörigkeit oder der Sprache, sondern auf der Grundlage der Staatsbürgerschaft in einer demokratischen Republik definiert wird.⁸⁴

Der ideologische Wandel der PKK hin zu einem Projekt der radikalen Demokratie stützte sich auf die von Öcalan verfassten Verteidigungsschriften, die er den verschiedenen Gerichten vorlegte, vor denen sein Fall verhandelt wurde. Diese Verteidigungen lassen sich in zwei Gruppen einteilen: die vor den türkischen Gerichten und die vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg, Frankreich, sowie eine vor einem Gericht in Athen (bezüglich seiner Ausweisung aus Griechenland). Die Verteidigungsschriften wurden in kurdischer und türkischer Sprache sowie in anderen Sprachen veröffentlicht.⁸⁵ Diese Verteidigungstexte wurden auf den aufeinanderfolgenden PKK-Kongressen als offizielle Parteilinie angenommen. Anfänglich führten die Texte zu großer Verwirrung in der Bewegung, doch seit 2005 sind die ideologischen und organisatorischen Strukturen einander angepasst.

84 Demir Kucukaydin, *Öcalan'a Mektuplar*, Köxüz Digital Yayınlar, 2009, 2.

85 Die erste Gruppe besteht hauptsächlich aus zwei Verteidigungstexten, dem Haupttext, der dem Gericht in Imrali vorgelegt wurde, und einem Anhang, der 1999 beim Berufungsgericht in Ankara und 2001 bei einem lokalen Gericht in Urfa eingereicht wurde. Diese ersten Texte wurden unter den Namen „Zur Lösung der kurdischen Frage – Visionen einer demokratischen Republik: Verteidigungsschriften“ und „Urfa – Segen und Fluch einer Stadt“ veröffentlicht. Die zweite Gruppe von Verteidigungstexten, die 2001 beim EGMR, 2003 bei einem Athener Gericht und 2004 bei der Großen Kammer des EGMR eingereicht wurden, bestand aus zwei Büchern, die zusammen drei Bände umfassten. Das erste Buch (von zwei Bänden) wurde unter dem Titel *Gilgameschs Erben – Vom sumerischen Priesterstaat zur demokratischen Zivilisation* (2001) veröffentlicht, während das zweite Buch (und der dritte Band) unter dem Titel *Plädoyer für den freien Menschen* (2003) – in PKK-Kreisen als „Athener Verteidigung“ bekannt – und *Jenseits von Staat, Macht und Gewalt* (2004) veröffentlicht wurde. Schließlich reichte Öcalan beim EGMR in Straßburg eine weitere Verteidigungsschrift ein, in der er sein Recht auf ein faires Verfahren einklagte. In den Jahren 2009 und 2010 wurde dieser Verteidigungstext, den Öcalan als Hinterfragung der kapitalistischen Moderne bezeichnet, in vier Bänden auf Türkisch veröffentlicht.

Die ersten Texte, die für den Prozess in Imralı und anschließend dem Berufungsgericht in Ankara vorgelegt wurden, sorgten für erhebliche Unruhe unter den PKK-Kämpfer:innen, da Öcalan nicht die von der Partei und der kurdischen Bevölkerung erwartete Position einnahm. In diesen Texten ging Öcalan nicht auf philosophische oder ideologische Überlegungen ein, sondern stützte sich hauptsächlich auf den historischen Hintergrund des türkisch-kurdischen Konflikts im 20. Jahrhundert, in dem Öcalan erklärte, dass er für eine demokratische Republik und somit nicht gegen die Republik (der Türkei) gekämpft habe. Öcalan argumentierte, dass Mustafa Kemal, der Gründer Vater der Republik, ebenfalls eine demokratische Republik habe errichten wollen, aber durch äußere Kräfte daran gehindert worden sei. Von den von Öcalan vorgebrachten Argumenten kann nur das erste als echte Verteidigung gegen seine Anklage angesehen werden, auch wenn er behauptete, dass er sich nicht mit der rechtlichen Frage seines Falles befasst habe.

In seiner zweiten Gruppe von Verteidigungsschriften, die er dem EGMR vorlegte, vertiefte Öcalan seine philosophischen Überlegungen. Der erste der drei Bände befasste sich hauptsächlich mit einer zivilisationsgeschichtlichen Analyse, die im Nahen Osten begann und sich auf die Sumerer als die „früheste staatlich organisierte“ Gesellschaft konzentrierte. Obwohl Öcalan in späteren Teilen des Buches auf andere Gesellschaften und Epochen einging, bestand sein Hauptanliegen darin, den Staat als die „Erbsünde“ der Menschheit darzustellen. Dies war insofern überraschend, als er einer der politischen Anführer einer Gesellschaft war und immer noch ist, die weithin als „das größte Volk der Welt ohne Staat“ bezeichnet wurde. Anfänglich löste dies in kurdischen Kreisen eine Art Entfremdungseffekt aus (im Brecht'schen Sinne ein Verfremdungseffekt). Öcalan führte jedoch seine Kritik am Staat, einschließlich der sozialistischen Experimente, weiter aus und vertrat die Auffassung, dass die Befreiung nicht durch den Aufbau eines Staates, sondern vielmehr

durch die Vertiefung der Demokratie erreicht werden kann. Im zweiten Band seiner EMRG-Verteidigungstexte setzt sich Öcalan intensiv mit der kurdischen Gesellschaft, der Geschichte und insbesondere der Rolle der PKK auseinander. Er ordnet die kurdische Gesellschaft in die Geschichte der Zivilisation ein und stellt sie als natürliche Gesellschaft oder Gemeinschaft im Gegensatz zu staatlichen Gesellschaften dar. Die Natürlichkeit der kurdischen Gesellschaft wird auf eine vermutlich seit Langem bestehende und tief verwurzelte neolithische Kultur unter den kurdischen Stämmen zurückgeführt.⁸⁶ Für Öcalan haben die (staatlichen) Klassengesellschaften und die Modernisierung den Kurd:innen Zerstörung gebracht, und die PKK ist zum Ort des letzten Widerstands gegen diesen schädlichen Prozess geworden. In diesem Rahmen versuchte Öcalan, die Grenzen der PKK und ihre Sackgasse aufzuzeigen, gefangen in den ideologisch-politischen Zwängen des Kalten Krieges, die die PKK auch noch ein Jahrzehnt nach dessen Ende prägten. Mit dieser Arbeit wollte er die Geschichte der PKK bewerten und die Fehler der Vergangenheit aufarbeiten.

In diesen Verteidigungstexten, die einem Athener Gericht und der Großen Kammer des EGMR vorgelegt wurden, hat Öcalan seine philosophischen Überlegungen in ein Konzept der radikalen Demokratie umgesetzt. Diese Idee der radikalen Demokratie wurde in drei miteinander verflochtenen Projekten entwickelt: demokratische Republik, demokratische Autonomie und demokratischer Konföderalismus. Diese drei politischen Projekte fungieren als „strategisches Dispositiv“: Ideen und Mittel, durch die kurdische politische Forderungen (neu) definiert und (neu) organisiert werden.

86 In der Diskussion über „Ambivalenzen der Moderne“ (2009: 83–100) verweisen Hardt und Negri auf Marx' Debatte über Mir, die russische Bauerngemeinschaft, als bereits existierende Grundlage für den Kommunismus, und auf ähnliche Argumente von Jose Carlos Mariategui, der die Rolle der indigenen Gemeinschaften der Anden, der Ayllus, als Grundlage für Gemeinwesen und Widerstand diskutiert.

Das Konzept der demokratischen Republik umfasst eine Reform der türkischen Republik. Es zielt auf die Abkopplung der Demokratie vom Nationalismus und damit auf eine Rückkehr zu den „frühneuzeitlichen Vorstellungen von Demokratie“ und ihrer radikalen Subversivität (Hardt und Negri 2004: 240–251). Ursprünglich, im 18. Jahrhundert, wurde die Demokratie im Sinne von Bürgerrechten und einer Herrschaft aller durch alle formuliert. Im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts verlor die Moderne jedoch ihren Inhalt der radikalen Demokratie und erhielt eine kulturelle Bedeutung, die sich auf ein besonderes Volk bezog (Jongerden 2007: 7–8). Es entstand eine Strömung im modernen Denken, die kulturelle Homogenität als Voraussetzung für den modernen Staat ansah, ein unausweichlicher Imperativ, der sich in der Form des Nationalismus manifestiert und ausbricht (Gellner 1983). Diese „nationale“ Bedingung der Moderne ist exklusiv und intolerant und diktiert, dass Menschen, die nicht die „richtigen“ kulturellen Merkmale aufweisen, zwischen Assimilation (echt oder oberflächlich) und Migration zu wählen haben, während die Optionen des Staates von Assimilation über Vertreibung und ethnische Säuberung bis hin zum Völkermord reichen (Gellner 1997: 240). In der Türkei wurde der Kemalismus als ein Projekt der kulturellen Modernisierung formuliert, was zu einer harten Assimilationspolitik gegenüber den Kurd:innen führte. Mit seinem Vorschlag für eine demokratische Republik vertritt Öcalan ein Demokratieverständnis im Sinne von Bürgerrechten.

Öcalans radikale Demokratie in seinen späteren Verteidigungsschriften wurde durch das Konzept des demokratischen Konföderalismus verkörpert, das er aus den Werken von Murray Bookchin (1982, 1992, 1993, 1996) übernommen hat. Bookchin, der seine Ideologie Kommunalismus nannte, schlägt eine neue radikale Politik vor, die „die Wurzeln der Demokratie in Stammes- und Dorfgemeinschaften“ (White 2008:166) anerkennt, und endet mit einem Projekt des libertären Kom-

munalismus. In diesem Projekt strebt er die Schaffung lokaler demokratischer Strukturen wie „Gemeindeversammlungen, Stadtversammlungen und Nachbarschaftsräte“ an. Um zu vermeiden, dass das Projekt des libertären Munizipalismus ins Leere läuft oder für sehr engstirnige Zwecke verwendet wird, schlägt Bookchin das Prinzip des Konföderalismus vor, als „ein Netz von Verwaltungsräten, deren Mitglieder oder Delegierte von demokratischen Volksversammlungen von Angesicht zu Angesicht in den verschiedenen Dörfern, Städten und sogar Vierteln von Großstädten gewählt werden“ (Bookchin 1993). Für Bookchin ist der Konföderalismus als soziales Organisationsprinzip „eine Möglichkeit, die gegenseitige Abhängigkeit zu demokratisieren, ohne das Prinzip der lokalen Kontrolle aufzugeben“.

Öcalan, beeinflusst von den Ideen Bookchins, entwickelte ein ähnliches Verständnis dieses Prinzips des Konföderalismus. Parallel zu seiner zivilisationsgeschichtlichen Analyse, die auf der Kritik des Staates beruht, verurteilte Öcalan das Scheitern des realen Sozialismus und der nationalen Befreiungsbewegungen, die als in den Ideen des Staates und der Staatsbildung gefangen galten. Alternativ dazu ging er auf die langwierigen Auswirkungen der neolithischen Gesellschaft ein, deren gemeinschaftliche Werte durch die Entwicklung einer hierarchischen, auf dem Staat aufbauenden Gesellschaft nicht vollständig zerstört werden konnten. Diese gemeinschaftlichen Werte, die er als geschlechtsspezifische Sozialisation, naturverträgliches Leben und eine auf Gemeinschaftlichkeit und Solidarität basierende Gesellschaft zusammenfasste, liegen seiner Konzeption der Demokratie in Form des demokratischen Konföderalismus zugrunde. Auf der Grundlage dieser Werte ist das Projekt des demokratischen Konföderalismus auf vier Ebenen organisiert (Karasu 2009: 84–85). Auf der untersten Ebene befinden sich die Gemeinden in den Dörfern und Bezirken, die auf den Ebenen der Städte und Regionen miteinander verbunden sind. Dann gibt es die Organisation der sozialen Gruppen wie der Frauen, der

Jugend usw. Eine weitere Organisationsebene findet sich auf der kulturellen Ebene in Form der Organisation für verschiedene ethnisch-religiös-kulturelle Identitäten. Die vierte und letzte Ebene ist die Ebene der Organisationen der Zivilgesellschaft. In diesem Sinne bezieht sich der demokratische Konföderalismus, der auf einer Art von Versammlungen auf Dorf-, Stadt- und Regionsebene basiert, auf die Organisation der gesamten Gesellschaft von unten nach oben (ebd.: 80). In einer anderen Formulierung wurde die Idee des demokratischen Konföderalismus als ein Modell für „demokratische Selbstverwaltung“ definiert. „Dieses Projekt“, so argumentiert Öcalan, „baut auf der Selbstverwaltung der lokalen Gemeinschaften auf und ist in Form von offenen Räten, Stadträten, lokalen Parlamenten und größeren Kongressen organisiert. Die Bürger selbst sind die Akteure dieser Art von Selbstverwaltung, nicht die staatlichen Behörden“ (Öcalan 2008: 32).

In diesem Sinne hat Öcalan immer wieder betont, dass dieses Projekt nichts mit einer konföderalen Struktur als „Vereinigung souveräner Mitgliedsstaaten“ zu tun hat. Im Gegenteil, der demokratische Konföderalismus zielt auf die Konsolidierung und Vertiefung der Demokratie an der Basis auf der Grundlage von Gemeinschaften ab. Es besteht jedoch auch die Notwendigkeit, das juristische und politische Verfahren zurückzufordern und die politische Organisation eines Landes neu zu gestalten. Daher sollte das Modell der Organisation des Volkes jenseits des Staates sein Verhältnis zum bestehenden Staat oder zur offiziellen Autorität definieren. Zu diesem Zweck schlug Öcalan zunächst die demokratische Republik als die Regierungsform vor, durch die die kurdische Frage gelöst werden kann, und entwickelte dann das Konzept der demokratischen Autonomie als eine Form der Beziehung. In diesem Sinne bezieht sich die demokratische Autonomie auf die Art der Beziehung zum Staat und damit zu dessen Rechtsprechung. Im türkischen Kontext wurde sie als Option für eine demokratische politische Lösung der kur-

dischen Frage vorgestellt, die eine verfassungsmäßige Anerkennung der kurdischen nationalen Identität voraussetzt. Diese Anerkennung wurde von der PKK jedoch nicht als Möglichkeit vorgeschlagen, eine Grenze zwischen dem demokratischen konföderalen System der Kurd:innen und dem türkischen Staat zu ziehen. Vielmehr wird ein verschachteltes Verhältnis antizipiert, das so formuliert wird: „Demokratische Autonomie ist ein Konzept, das die Beziehung zum Staat definiert ... Sie kann sogar innerhalb einer unitarischen Struktur oder in einer Struktur der Staaten (realisiert) werden“ (Karasu 2009: 260 und 275).

Diese verschachtelte Beziehung schließt jedoch eine Art „Einheit“ zwischen den über verschiedene Länder des Nahen Ostens verstreuten Kurd:innen nicht aus. Da Öcalan vorschlägt, in ganz Kurdistan und überall dort, wo Kurd:innen leben, Selbstverwaltungsorgane aufzubauen, ist der demokratische Konföderalismus als Hauptmechanismus für die Vereinigung Kurdistans und der Kurd:innen anzusehen. Die kurdische Befreiungsbewegung, so argumentiert Öcalan, sollte sich für die Errichtung eines solchen Systems der Selbstorganisation einsetzen.

Seit 2005 haben sich die PKK und alle ihr angegliederten Organisationen auf der Grundlage dieses Projekts unter dem Namen KCK (Vereinigung der Gemeinschaften in Kurdistan – Koma Civakên Kurdistan) umstrukturiert, einer gesellschaftlichen Organisation, die sich als Alternative zum Nationalstaat darstellt. Die KCK hat sich zum Ziel gesetzt, sich von unten nach oben in Form von Versammlungen zu organisieren. „Die KCK ist eine Bewegung, die für die Errichtung einer eigenen Demokratie kämpft und sich weder auf die bestehenden Nationalstaaten stützt noch diese als Hindernis betrachtet“ (PKK 2005: 175). In ihrem Status, dem sogenannten KCK-Vertrag, wird ihr Hauptziel als Kampf für die Ausbreitung einer radikalen Demokratie definiert, die auf demokratischen Organisationen und Entscheidungsbefugnissen der Gesellschaft basiert. Der KCK-Vertrag sieht einen neuen Mechanismus der sozialen

Beziehungen vor, der die staatsorientierte Mentalität überwindet. In diesem Sinne ist der demokratische Konföderalismus als Hauptorganisationsidee der KCK überall dort gültig, wo Kurd:innen leben, auch im Irak, wo die Kurd:innen verfassungsmäßige Rechte haben, einschließlich der Selbstverwaltung ihrer Region in einer föderalen Staatsstruktur. In diesem Projekt gibt es zwei entscheidende Faktoren, nämlich erstens die Vorstellung von Demokratie als Volksmacht, die sich auf die Gesellschaft stützt, und nicht als Regierungsform, und zweitens den Ausschluss von Staat und Nation aus dieser Vorstellung.

Für die kurdische Gesellschaft ist der demokratische Konföderalismus als eine Form des politischen und sozialen Systems jenseits des Staates ein Projekt für sein eigenes freies Leben. Es hat nichts mit der Anerkennung durch die Staaten zu tun. Auch wenn die Staaten ihn nicht anerkennen, wird die kurdische Gesellschaft ihn errichten. Wenn sie es anerkennen würden, zum Beispiel im Rahmen eines Projekts der demokratischen Autonomie, wäre es einfacher, ein demokratisches konföderales System zu errichten, das letztendlich das Produkt des eigenen Kampfes der Kurd:innen wäre (Karasu 2009: 216–217).

Bei der Verfolgung der Entwicklung von Öcalans Denken im Allgemeinen haben wir argumentiert, dass drei miteinander verknüpfte Konzepte (demokratische Republik, demokratischer Konföderalismus und demokratische Autonomie) eine zentrale Rolle spielten. In all diesen Projekten kommt dem Konzept der Demokratie eine entscheidende Rolle zu, und es hat sich von einer Vorstellung, die auf einem Widerspruch zwischen der demokratischen und republikanischen Tradition beruhte, zu einer radikaleren Auffassung von Demokratie entwickelt. Für die PKK stellte die Demokratie eine Art Gegenmittel zum zentralen Charakter der türkischen Republik dar, die auf der französischen Version von Nation und Säkularismus basierte und immer noch basiert. „Die Zentralität tötet die Demokratie“ ist ein sehr grundlegender Gedanke dieses Ansatzes (ebd.: 86).

Wir werden nun untersuchen, wie diese Vorhaben die politischen Aktivitäten der PKK und der ihr nahestehenden Organisationen bestimmten.

Rückkehr auf die politische Bühne

Was den politischen Prozess anbelangt, so haben die PKK und alle ihr angegliederten Organisationen seit der Festnahme Öcalans eine Reihe von Veränderungen durchlaufen, die sich vor allem auf den organisatorischen Wiederaufbau beziehen. In diesem Sinne kann der Zeitraum zwischen 2000 und 2004 als eine Periode der „Sackgasse und des Wiederaufbaus“ betrachtet werden, in der die PKK ihre Forderungen heruntergeschraubt, ihre militärischen Aktivitäten eingestellt, den Großteil ihrer Guerillakräfte aus der Türkei in den Nordirak zurückgezogen und somit den Eindruck der Introversion vermittelt hat. Die politischen Aktivitäten der PKK beschränkten sich auf den Fall Öcalan, dessen Verurteilung die türkischen Behörden dazu veranlasste, die PKK als besiegt und aufgelöst zu betrachten. Der Teilerfolg der prokurdischen Demokratik Halk Partisi (DEHAP; Demokratische Volkspartei) bei den Wahlen im November 2002 – als sie 6,2 Prozent der Stimmen in der Türkei erhielt und damit die 10-Prozent-Hürde verfehlte, aber die führende Partei in der kurdischen Region wurde – änderte nichts an der Haltung der türkischen Amtsträger:innen gegenüber dem Fall Öcalan, der PKK oder der kurdischen Frage im Allgemeinen.

Zeitgleich mit dem Einmarsch der USA in den Irak im Jahr 2003, der den Weg für die Anerkennung Irakisch-Kurdistans als neues Anziehungszentrum für die Kurd:innen ebnete, erlebte die PKK die größte Spaltung, die sie je erlebt hat. Zwischen 2004 und 2005 befand sich die Bewegung in einer Art Schwebestand und kämpfte darum, mit den internen und externen Entwicklungen zurechtzukommen. Es herrschte Stillstand, weil

es schwierig war, in einer Zeit der Unsicherheit voranzukommen. Gleichzeitig verlor die prokurdische Partei DEHAP bei den Kommunalwahlen 2004 im Vergleich zu 1999 an Stimmen. Einige der kurdischen Städte wurden von der Regierungspartei Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP; Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) eingenommen, die in einer Welle des nationalen Populismus an die Macht kam.

Öcalan und die PKK versuchten, diese Krise durch eine organisatorische Umstrukturierung im Rahmen der Idee des demokratischen Konföderalismus zu überwinden. Unter den organisatorischen Schritten, die in dieser Zeit unternommen wurden, waren die Umstrukturierung aller PKK-nahen Organisationen unter dem Dach der KCK und die Gründung einer neuen prokurdischen Partei, der Demokratik Toplum Partisi (DTP; Partei der Demokratischen Gesellschaft) in der Türkei, die auffälligsten. Auf dieser Grundlage kehrte die Bewegung seit 2005 auf die Bühne der politischen und später auch militärischen Auseinandersetzungen zurück. Die kurdische Bewegung konfrontierte den türkischen Staat mit zivilen Kampagnen, in denen sie ihre kurdische Identität offen zur Schau stellte. In dieser Hinsicht waren die Kampagne für das Recht auf Bildung in der Muttersprache (Kurdisch) und die Kampagne für Öcalan, bei der mehr als drei Millionen Kurd:innen in der Türkei und in Europa eine Petition unterzeichneten, in der sie erklärten, dass sie „Öcalan als ihren politischen Vertreter anerkennen“, die stärksten Signale für die künftige kurdische Identitätspolitik.

Mit der Wahl von 22 DTP-Abgeordneten bei den nationalen Wahlen im Juli 2007 wurde die kurdische Politik zu einem festen Bestandteil der politischen Agenda der Türkei. Später entwickelte sich der Wahlkampf (landesweit für die Gemeinden im März 2009) im Südosten der Türkei zu einem politischen Wettstreit zwischen der AKP und der DTP, wobei die DTP die Oberhand gewann. Die DTP gewann die Kommunalwahlen im März 2009 und konnte die Zahl der von ihr kontrollierten

Gemeinden fast verdoppeln – auf fast 100 kurdische Städte und Gemeinden, darunter Diyarbakır und sieben weitere wichtige Städte (Casier, Jongerden und Walker 2011). Es wurde argumentiert, dass die DTP als Gesprächspartner angesehen werden sollte und „mit ihrem unbestreitbaren Erfolg im Südosten zumindest als Hauptakteur in der Region akzeptiert werden sollte“ (Birand 2009; Ergin 2009). Einige Zeitungskolumnist:innen betrachteten die PKK und Öcalan sogar als Akteure eines möglichen Dialogs, Vorschläge, die in der türkischen Mainstream-Presse selten zu lesen sind (Ozkök 2009; Akinan 2009). Es hat also den Anschein, dass sich die PKK nicht nur neu erfunden hat, sondern auch in die vorderste Reihe der türkischen Politik zurückgekehrt ist.

Noch wichtiger ist jedoch, dass die kurdische Politik in dieser Zeit eine Vormachtstellung bei der Übernahme des politischen Freiraums erlangte, was sich auf „das Potenzial sozialer Bewegungen zur Veränderung der Machtstrukturen in einem bestimmten Gemeinwesen“ bezieht (Gambetti 2009: 44). Dieser übernommene kurdische öffentliche Raum, der vor allem in Diyarbakır symbolisch dargestellt wurde, wurde, vielleicht zum ersten Mal, mit der landesweiten kurdischen Politik kombiniert, einschließlich des türkischen Parlaments in Ankara, das „die Öffnung differenzierter politischer und sozialer Räume innerhalb des Territoriums des Nationalstaates“ (ebd.) markiert. In diesem Sinne haben die Gemeinden, die seit 1999 unter der Kontrolle der prokurdischen Partei stehen, eine Art selbstverwaltete regionale Körperschaft gebildet. Gambetti bezeichnet dies am Beispiel von Diyarbakır als „Engagement für die Dekolonisierung der Stadt“.

Auch in dieser Zeit begann die DTP, ihr politisches Vorhaben, das „Projekt für demokratische Autonomie“, das mit Öcalans Konzept des demokratischen Konföderalismus übereinstimmt, offener zu vertreten. Zu diesem Zweck wurde im Oktober 2007 in Diyarbakır ein „Kongress der demokratischen Gesellschaft“ abgehalten, auf dem die „demokratische Autono-

mie“ als ein Projekt für die kurdische Gesellschaft in der Türkei anerkannt wurde. In diesem Kongressbericht wurden radikale Reformen der politischen und administrativen Struktur der Türkei gefordert, um eine Demokratisierung zu gewährleisten und Problemlösungsansätze zu entwickeln, für die die lokale Ebene gestärkt werden sollte. Anstelle von Autonomie auf der Grundlage von „Ethnizität“ oder „Territorium“ werden regionale und lokale Strukturen vorgeschlagen, die den Ausdruck kultureller Unterschiede ermöglichen.

In diesem Zusammenhang schlug sie die Gründung von 26 Parlamenten vor, die alle Regionen der Türkei abdecken sollten. Der Bericht rief auch dazu auf, die Definition von „Nation“ mit ihrer ethnischen Betonung in „Die Nation der Türkei“ zu ändern, um ein gemeinsames Zugehörigkeitsgefühl zu finden.⁸⁷ Später, im November 2007, hielt die DTP ihren zweiten Kongress ab, auf dem dieser Bericht unter dem Namen „Demokratische Lösung der kurdischen Frage – Demokratisches Autonomieprojekt“ offiziell anerkannt wurde. Diese für die kurdische Politik in der Türkei sehr wichtige Entwicklung zeigte deutlich die aufsteigenden Identitätsansprüche der Kurd:innen. Dies wurde auch als eine neue Ära in der legalen kurdischen Politik interpretiert, in der die DTP eine wichtige Rolle für die Lösungspolitik spielte, während die früheren legalen kurdischen Parteien, HEP, DEP, HADEP und DEHAP, die alle vom Verfassungsgericht verboten wurden, sich auf einen Existenzkampf gegen die Politik der Verleugnung und Vernichtung beschränkten.⁸⁸

Auf demselben Kongress nahm die DTP einige wichtige Änderungen der Parteistatuten an, die dem Konzept der demokratischen Autonomie entsprechen und auf die Bildung von Ver-

87 Nilüfer Zengin, „DTP-Kongress: „Demokratische Autonomie“, *Bianet*, 31. Oktober 2007. URL: <http://www.bianet.org/english/local-goverment/102622-dtp-congress-democratic-autonomy> (Zugriff am 15. Januar 2013).

88 Demirbaş: *Çok Dilli Belediyecilik Anayasa'ya uygun*, *FiratNews*, 9. April 2007. URL: <http://www.firatnews.com/index.php?rupel=arsiv&anf=nuce&nuceID=23190> (Zugriff am 15. Januar 2013).

sammlungen auf jeder Organisationsebene abzielen. Auch die von der DTP kontrollierten Gemeinden unternahmen einige Schritte in Richtung einer kurdischen Identitätspolitik, von denen der „mehrsprachige Gemeindedienst“ eine hitzige Debatte auslöste. Im Jahr 2007 bot der Bürgermeister der Gemeinde Sur in Diyarbakir, Abdullah Demirbas, kommunale Dienstleistungen nicht nur auf Türkisch, sondern auch auf Kurdisch, Armenisch und Syrisch an (Casier 2010). Wegen dieses mehrsprachigen Projekts wurde der Bürgermeister seines Amtes enthoben und sein Gemeinderat aufgelöst. Außerdem wurde er wegen „Schädigung der Öffentlichkeit durch Missbrauch seiner Position“ und „Handelns im Widerspruch zu den türkischen Buchstaben“ angeklagt. Bei den Kommunalwahlen von 2009 wurde Demirbaş jedoch mit mehr Stimmen als zuvor erneut zum Bürgermeister gewählt.⁸⁹

Neben der legalen Parteiorganisation⁹⁰ sieht das neue kurdische Vorhaben eine weitere Organisationsform vor, die Demokratik Toplum Kongresi (DTK; Demokratischer Gesellschaftskongress)⁹¹, die auf der Grundlage der folgenden Argumentation gegründet wurde:

89 Tolga Korkut, „State Wants Kurdish-Speaking Employees, but Tries Kurdish Mayor“, *Bianet*, 25. Mai 2009. URL: <http://www.bianet.org/english/minorities/114727-state-wants-kurdish-speakingemployees-but-tries-kurdish-mayor> (Zugriff am 15. Januar 2013); Erol Önderoğlu, „Multilingual Diyarbakir Municipality on Trial“, *Bianet*, 9. November 2007. URL: <http://www.bianet.org/english/minorities/102799-multilingual-diyarbakir-municipality-on-trial>.

90 Im Dezember 2009 entschied das Verfassungsgericht, die prokurdische DTP (Partei der Demokratischen Gesellschaft) zu schließen, wie es dies bereits für die früheren prokurdischen Parteien getan hatte, und verhängte ein politisches Verbot gegen 37 ihrer Mitglieder, darunter die Co-Vorsitzenden Ahmet Türk und Aysel Tuğluk, die von ihren Pflichten als Abgeordnete entbunden wurden. Die legale kurdische Politik ging jedoch fast ungestört weiter, und zwar durch eine neue Partei namens Barış ve Demokrasi Partisi (BDP, Partei für Frieden und Demokratie). Der Wahlerfolg der DTP wurde in ähnlicher Weise von der BDP bei den nationalen Wahlen 2011 unterstrichen, die 36 Abgeordnete gewinnen konnte.

91 In Südafrika gab es eine Tradition der Organisation in Form eines Kongresses. Der ANC (African National Congress), der South African Indian Congress, der Coloured People's Congress und der Congress of Democrats gründeten 1955

Heute haben wir einige Bezirks- und Stadträte, auch wenn sie lokal und unzureichend sind. Da sie nicht ausreichend etabliert sind, bringt die kurdische Gesellschaft seine Forderungen in die politische Partei ein, die sie dann an den Staat weiterleitet. Aber nach unserem Projekt sollte der Staat seine Beziehung zur kurdischen Gesellschaft durch diesen Kongress aufrechterhalten. Wenn sich die kurdische Gesellschaft unter demselben Dach dieses Kongresses versammeln würde, wäre es der Gesprächspartner für eine Lösung. Und der Staat, der sich mit diesem Gremium geeinigt hat, gibt seine alte Struktur auf.⁹²

Dieser Ansatz basiert auf Öcalans Auffassung von „Demokratie ohne Staat“, in der er für einen Kompromiss mit einem kleinen Staat mit begrenzter Macht plädiert. Für ihn sollte die kurdische Gesellschaft seine eigene demokratische Machtstruktur in seiner Region haben, und diese „Demokratie + türkischer Staat als allgemeine öffentliche Autorität“ ist eine grundlegende Formel für eine Lösung (Öcalan 2004: 402).

Die DTK wurde auf dieser Grundlage gegründet, um einen neuen politischen Stil zu schaffen, der sich durch die direkte und kontinuierliche Ausübung der Volksmacht auszeichnet, und befasst sich seither mit den verschiedenen Formen gesellschaftlicher Organisationen, einschließlich der Kreis-, Dorf-, Stadt- und Gemeinderäte, der Frauen- und Jugendverbände sowie der Nichtregierungsorganisationen. Die Sprecher:innen der Räte und die auf Bezirksebene gewählten Delegierten machen 60 Prozent des Kongresses aus, 40 Prozent sind Vertreter:innen von Nichtregierungsorganisationen. Die DTP gehört ebenfalls zu den Konstituenten, die den politischen Raum repräsentieren. 600 Delegierte nahmen an der ersten (Gründungs-)Sitzung des

den Congress of the People. Dieser Kongress war ein Zusammenschluss aller Menschen Südafrikas und verabschiedete ein Dokument, die sogenannte Freiheitscharta, in der sie ihre Forderungen für das von ihnen gewünschte Südafrika darlegten.

92 Kürt Sorununda Çözüme Doğru „Demokratik Özerklik“, Weşanên Serxwebûn 146 (2009), S.95.

Kongresses im Oktober 2007 teil, auf der das Vorhaben der demokratischen Autonomie angekündigt wurde. Die zweite Versammlung fand im September 2008 statt und bezog Stellung gegen die Boden- und Luftoperationen der türkischen Armee im Nordirak. Auf einem dritten Treffen im Jahr 2009, kurz vor den landesweiten Kommunalwahlen, wurde die Wahlstrategie diskutiert. Auf einem vierten und fünften Treffen im Juni und Dezember 2009 schlug die DTK eine neue Verfassung vor, die ein autonomes Kurdistan vorsieht.⁹³

Neben diesen organisatorischen Aktivitäten organisierte die DTK ein internationales Symposium und verschiedene Workshops zu den Themen „Neue Wirtschaftspolitik“, „Religiöse Glaubensgruppen“, „Neue Verfassung“ und „Sprache“. Es wurde eine „Konferenz über Erfahrungen mit Verhandlungen und Konfliktlösung“ abgehalten, auf der erörtert wurde, wie der Dialog zwischen den Parteien hergestellt werden kann, um Erfahrungen und Ideen über Friedensprozesse, Ablaufpläne und andere damit zusammenhängende Themen auszutauschen.⁹⁴ In seiner Abschlusserklärung wurde eine Lösung der kurdischen Frage durch Dialog vorgeschlagen. Die internationale Gemeinschaft wurde aufgefordert, einen Beitrag zu diesem Dialogprozess zu leisten. In diesem Zusammenhang wurde auch die Notwendigkeit betont, dass sich sowohl die türkischen als auch die kurdischen Parteien der Vergangenheit stellen müssen.⁹⁵

93 Danach wurde die DTK zu einem sehr wichtigen Akteur in der kurdischen Politik. Heute ist er ein offen organisierter Kongress mit einem Rat von 101 Mitgliedern, die von 850 Delegierten gewählt werden, von denen 300 Mitglieder gewählte Parteimitglieder wie Abgeordnete, Bürgermeister usw. sind, 500 gewählte Delegierte und 50 für Minderheiten und besondere Gruppen wie Akademiker reserviert sind.

94 „DTK ‚Uluslararası Çözüm Konferansı‘ düzenliyor“, *FiratNews.com*, 2. Januar 2010. URL: www.firatnews.com/index.php?rupel=nuce&nuceID=20003 (Zugriff am 15. Januar 2013).

95 „Müzakere Konferansı'nın sonuç bildirgesi açıklandı“, *FiratNews.com*, 28. Februar 2010. URL: <http://www.firatnews.com/index.php?rupel=nuce&nuceID=22423> (Zugriff am 15. Januar 2013).

In den Arbeitsgruppen stellte die DTK autonome Kommunalverwaltungen,⁹⁶ Unterricht in der Muttersprache und die Anerkennung der Identität als gemeinsame Forderungen der kurdischen Gesellschaft vor. Die Arbeitsgruppe zum Thema Sprache, die in Zusammenarbeit mit einigen Nichtregierungsorganisationen im Juni 2010 organisiert wurde, schlug ein Projekt zum Schutz von Sprachen vor, die keine (offiziellen) Unterrichtssprachen sind. Es wurde empfohlen, dass Kurdisch und andere Sprachen Unterrichtssprachen sein sollten. In diesem Zusammenhang betonte die Arbeitsgruppe, dass nicht staatliche Akteure sich nicht darauf beschränken sollten, Forderungen nach einer offiziellen Anerkennung der kurdischen Sprache zu stellen, sondern dies auch selbst organisieren sollten.⁹⁷

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die kurdische Bewegung in der Türkei seit 2005 im Rahmen des demokratischen Konföderalismus schrittweise einen politischen und sozialen Raum für die kurdische Identität geschaffen hat. Während dieses Prozesses stützte sich die kurdische Bewegung, die seit 1999 eine beträchtliche Anzahl von Gemeinden regiert, auf zwei Hauptorganisationsformen, die legale Partei, die DTP und später die BDP, und einen breiteren Kongress, die DTK. Sie zielten darauf ab, die kurdische Identitätspolitik auf der Grundlage des Konzepts des demokratischen Konföderalismus und der demokratischen Autonomie zu erweitern. Schließlich verkündete die DTK, dass sie die „demokratische Autonomie“ von unten nach oben aufbauen werde. Auch wenn der Inhalt dieser Proklamation zugegebenermaßen vage ist, stellt sie einerseits den bisher kühnsten Versuch der kurdischen Bewegung dar, sich aus der türkischen Öffentlichkeit zurückzuziehen, was ein erhöhtes Ri-

96 „DTP nin Yerel Yönetimler Modeli Netleşiyor“, Haftaya Bakış, 2–9 February 2008. URL: <http://www.ekolojistler.org/dtpnin-yerel-yonetimler-modeli-netlesiyor.html> (accessed 15 January 2013).

97 „Anadilde Eğitim’ için 1 milyon izma Meclis’te“, 25 February 2011. URL: <http://www.bianet.org/bianet/ifade-ozgurlugu/128164-anadilde-egitim-icin-1-milyon-izma-mecliste> (Zugriff am 15. Januar 2013).

siko von Zusammenstößen mit sich bringt. Andererseits kann sie die Frage aufwerfen, ob dies der Rahmen für eine „echte“ Lösung sein könnte. Im letzten Teil des Artikels werden wir dies in Bezug auf die Möglichkeiten einer politischen Lösung für die kurdische Frage diskutieren.

Zusammenfassung

Abschließend werden wir die Bedingungen dieses Konzepts der radikalen Demokratie und seine politischen Implikationen für eine Lösung des anhaltenden Konflikts in der Türkei diskutieren. Zunächst erörtern wir, was dieses Vorhaben für die kurdische Bewegung in der Türkei bedeutet hat.

Es ist klar, dass die 2000er Jahre die bisher kritischste Zeit für die PKK waren. Die Partei hat diese kritische Periode in verschiedenen Phasen erlebt, die sich grob in drei Abschnitte unterteilen lassen: i) Schock und Rückzug (1999), ii) Sackgasse und Wiederaufbau (2000–2004) und iii) Rückkehr zur politischen Bühne (2005–heute). Die kurdische und linke Kritik an Öcalans neuer Politik und an der PKK in dieser Zeit reicht vom Vorwurf der Unterwerfung unter den türkischen Staat bis hin zum Vorwurf des völligen Bruchs mit der Vergangenheit und den Zielen der Bewegung, mit der Schlussfolgerung, dass sie sich vom Traum eines unabhängigen Einheitsstaates verabschieden.

Was die PKK in dieser Zeit erlebt hat, war eine umfassende Umstrukturierung ihrer Organisation, ihrer Ideologie und ihres politisch-militärischen Kampfes. Organisatorisch hat sich die PKK zu einem komplexen System von Parteien und Institutionen entwickelt, im Gegensatz zum leninistischen Stil einer Avantgardepartei, die alle ihre Aktivitäten direkt überwacht, wie es früher der Fall war. Obwohl sich die Organisationsstruktur erheblich verändert hat, spielt der engagierte militante Körper, der sich aus einer Gruppe „professioneller Vollzeitrevolutionäre“

zusammensetzt, weiterhin die zentrale Rolle. Der Wandel auf der organisatorischen Ebene hin zu einer komplexeren Organisationsstruktur – oder zu einer Vielzahl von interagierenden Institutionen – ist ein Spiegelbild dieser sich entwickelnden Praxis. Diese Umwandlung der Organisationsstruktur entspricht einer neuen Konzeption, nämlich der „politischen Organisation jenseits der Partei“.

Obwohl behauptet wurde, dass die PKK ihre ursprüngliche Position, die Verwirklichung eines unabhängigen Kurdistan, aufgegeben hat, können wir argumentieren, dass die Partei die ursprüngliche leninistische These kreativ umgedreht hat. Lenin argumentierte 1914, dass „es falsch wäre, das Recht auf Selbstbestimmung so zu interpretieren, dass es etwas anderes bedeutet als das Recht auf die Existenz als eigener Staat“ (Lenin 1914). In Umkehrung dieser These könnte man sagen, dass es ebenso falsch ist, das Selbstbestimmungsrecht so zu interpretieren, dass es nichts anderes bedeutet als das Recht, als eigener Staat zu existieren. Nach Ansicht von Mustafa Karasu, einem führenden PKK-Veteranen, sollten sich Sozialisten nicht so sehr auf den Staat und sein politisches Projekt fixieren. Das Konzept des Nationalstaates sei kein sozialistisches, sondern ein bürgerliches Konzept. Das Projekt der PKK der „radikalen Demokratie“ und insbesondere die Idee des demokratischen Konföderalismus, der ein demokratisches System von unten nach oben über die bestehenden Grenzen hinaus entwickelt, zielt darauf ab, Grenzen flexibel und langfristig irrelevant zu machen (Karasu 2009: 17–219). Tatsächlich entwirft die PKK mit ihren politischen Projekten der demokratischen Republik, der demokratischen Autonomie und des demokratischen Konföderalismus eine neue Agenda für Selbstbestimmung und geht gleichzeitig über das Konzept des Nationalstaates hinaus.

Noch wichtiger ist, dass es der PKK in dieser Zeit gelungen ist, die Forderungen nach kurdischer Identität in einem Projekt der radikalen Demokratie zu vereinen, und zwar durch die Aus-

arbeitung neuer ideologischer und politischer Ansätze, die der PKK die Möglichkeit boten, ihren Interessen- und Tätigkeitsbereich zu erweitern und damit mehr Raum für eine kurdische Öffentlichkeit zu schaffen. Da die PKK nicht mehr die Eroberung der Staatsmacht durch den bewaffneten Kampf, sondern die Umgestaltung der Gesellschaft in all ihren Aspekten anstrebt, eröffnet sich ihr nun ein breiteres Betätigungsfeld.

Der politisch-militärische Kampf verlagerte sich unterdessen mehr und mehr in Richtung eines politischen Kampfes, in dem die DTP (später die BDP) mit ihrer Basisorganisation und ihren gewählten Vertreter:innen (auf nationaler und lokaler Ebene) sowie die DTK die Vorreiterrolle übernommen haben. Vor allem nach den Wahlen von 2007, 2009 und 2011 ist eine stärkere kurdische Präsenz in der Öffentlichkeit entstanden. Ein prominenter türkischer Kolumnist schrieb bereits im Jahr 2004:

Nach der schmerzhaften Periode, die die Türkei im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts durchlebte, konnte auf ihrem Boden kein eigener Staat errichtet werden, aber in ihrem Südosten hat sich eine eigene politische Geographie gebildet (Bila 2004: 10).

Er könnte nicht richtiger liegen, aber vielleicht hat er ihre konkrete Ausprägung nicht vorhergesehen. Diese separate politische Geografie basiert auf Formen der Selbstorganisation (demokratischer Konföderalismus) und der festen Überzeugung und Praxis, das eigene Schicksal in die Hand zu nehmen. Seit der Wahl 2009 wurde diese „separate politische Geografie“ durch die Verhaftung kurdischer Politiker vertieft, gefolgt von einer politischen Gegenkampagne der kurdischen Bewegung, einschließlich der Forderung nach einem zweisprachigen öffentlichen Leben im Rahmen der Vision der demokratischen Autonomie. Die Partei für Frieden und Demokratie (BDP) und der Kongress der Demokratischen Gesellschaft lösten die Diskussion über ein „zweisprachiges Leben“ aus, indem sie die offizielle Anerkennung der

kurdischen Sprache im öffentlichen Leben forderten. Sie begannen auch, ihre Forderungen in die Praxis umzusetzen, indem die Gemeinden ihre Ortsschilder auf Kurdisch und Türkisch änderten und die örtlichen Ladenbesitzer ihre Schilder auf Kurdisch umstellten. Die Organisation der gesamten Gesellschaft von unten steht seit 1999 auf der Agenda der kurdischen Bewegung, mit der Übernahme einer zunehmenden Anzahl von Gemeinden in der kurdischen Region. Auf der Grundlage von Bezirken und Städten hat die kurdische Bewegung verschiedene Strukturen der Selbstverwaltung gebildet, die eine Politik für die lokalen Bedürfnisse entwickeln. Später zielte das Projekt der demokratischen Autonomie darauf ab, diese Strukturen zu erweitern und zu formalisieren.⁹⁸

In der Zwischenzeit hat die kurdische Bewegung auch versucht, diese Vorhaben sowohl der türkischen als auch der Weltöffentlichkeit vorzustellen und zu diskutieren, indem sie 2009 das Mesopotamien-Sozialforum⁹⁹ organisierte, das Organisationen und Bewegungen aus dem Nahen Osten und mehreren anderen Ländern in der Stadt Diyarbakır zusammenbrachte, und 2010 eine Arbeitsgruppe des DTK mit türkischen Journalist:innen, Akademiker:innen, Politiker:innen und Rechtsverteidiger:innen organisierte, um das Projekt der „demokratischen Autonomie“ zu diskutieren. Die Organisation aller Teile der Gesellschaft von unten nach oben unter dem Prinzip des demokratischen Konföderalismus und der Autonomie umfasste sehr unterschiedliche Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und erforderte verschiedene Aktivitäten. All diese Aktivitäten zeigen, dass das Vorhaben der PKK, eine radikale Demokratie zu schaffen, eine aktive Vertretung der Menschen in Form

98 Zeynep Gambetti, „Alternatif bir sol proje: demokratik özerklik“, Birgün, 26. Dezember 2010. URL: http://www.birgun.net/politics_index.php?news_code=1293360839&year=2010&month=12&day=26 (Zugriff am 15. Januar 2013).

99 „Mezopotamya sosyal forumu için çağrı“, URL: <http://www.msf.web.tr/msf/en/who-are-we.html> (Zugriff am 15. Januar 2013); siehe auch Casier 2011.

einer kämpfenden Kraft auf lokaler, regionaler und globaler Ebene einschließt, und, was noch wichtiger ist, es zeigt, dass es sich um ein Vorhaben handelt, das auf einer Demokratie von unten nach oben beruht und nicht einfach als ein von oben aufgezwungenes politisches Projekt betrachtet werden kann. Mit Hilfe der Kommunen und Volksversammlungen will es die Sackgasse der repräsentativen Demokratie überwinden. In diesem Sinne stellt das Vorhaben der demokratischen Autonomie in Form von 26 autonomen Regionen, wie es von der kurdischen Bewegung formuliert wurde, eine radikale Alternative dar, die die Grenzen des bestehenden politischen Regimes sprengt. Es basiert vor allem auf einer radikalen Auffassung von Demokratie, die darauf abzielt, die Demokratie vom Nationalismus zu trennen, indem sie Staat und Nation ausschließt und die Demokratie als eine uneingeschränkte und unvermittelte Form der Volkssouveränität und nicht als eine Regierungsform betrachtet. Daher sprengt dieses Vorhaben der demokratischen Autonomie die Grenzen des bestehenden politischen Regimes sowie den Rahmen, der auf der Grundlage des „gemeinschaftlichen Besitzstandes“ der EU ausgearbeitet wurde, der die liberale Demokratie als Maßstab verwendet, obwohl es eine laufende Diskussion darüber gibt, ob dieser Vorschlag zur EU-Regionalpolitik passen könnte, da er ein nützlicher Schritt zur Lösung der kurdischen Frage durch die Abschaffung des Zentralismus in der Türkei sein könnte.¹⁰⁰

Die kurdische Bewegung ist bereit, über eine Lösung auf der Grundlage von Anerkennungs- und Selbstverwaltungsrechten zu verhandeln. Sie kann über die Form und die Grenzen dieser Selbstverwaltung verhandeln, gibt sie aber nicht auf. In diesem Sinne wollen die Kurd:innen mit ihrer Identität auf der Grund-

100 Erhan Üstündağ, „Mögliche Lösung für die kurdische Frage passt zum EU-Beitrittsprozess“, Bianet, 1. Juli 2010. URL: <http://www.bianet.org/english/english/123087-possible-solution-for-kurdish-questionsuits-eu-accession-process> (Zugriff am 15. Januar 2013).

lage ihrer eingeschriebenen „politischen Geographie“ in den politischen Körper einbezogen werden, was eine verfassungsmäßige Anerkennung der kurdischen Identität in der Türkei voraussetzt. Diese verfassungsrechtliche Anerkennung, einschließlich des Begriffs der Autonomie, würde auch eine radikale Veränderung des bestehenden politischen Regimes der Türkei bedeuten.¹⁰¹

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die kurdische Bewegung in der Türkei, die ein neues Vorhaben für eine radikale Demokratie entwickelt hat, das auf dem Konzept der „Politik jenseits des Staates, der politischen Organisation jenseits der Partei und der politischen Subjektivität jenseits der Klasse“ basiert, die Möglichkeit hat, die zentralistische Tradition im türkischen politischen System sowie das statistische und klassenreduktionistische politische Denken in der Linken in der Türkei zu verändern.

Quellen

- Akinan, S. (2009) ‚*Güzel günler yakında mı?*‘ (accessed 9 April 2009).
Akkaya, Ahmet Hamdi and Joost Jongerden (2011) ‚*The PKK in 2000s: Continuity through breaks?*‘ In: Marlies Casier & Joost Jongerden. Nationalisms and Politics in Turkey: Political Islam, Kemalism and the Kurdish Issue. London & New York: Routledge.

101 Eingliederung und Autonomie stehen nicht im Widerspruch zueinander, wie ein längeres Zitat aus einem geografisch, kulturell und politisch weit entfernten Kontext verdeutlicht: „Auf den ersten Blick scheinen sich die beiden Forderungen nach Inklusion und Autonomie zu widersprechen. Der Widerspruch entsteht jedoch nur, wenn man davon ausgeht, dass sich beide gegenseitig ausschließen, eine Form der Argumentation, die die volle Anerkennung indigener Rechte in Chiapas und auf der ganzen Welt weiterhin blockiert. Bis in die 1980er Jahre wurde die politische Bedeutung der kulturellen Vielfalt anderen Anliegen im Zusammenhang mit der Staatsbildung und der wirtschaftlichen Entwicklung untergeordnet. In Mexiko und anderen lateinamerikanischen Ländern setzte die Eingliederung die Zugehörigkeit zu einer einzigen nationalen Identität voraus, die eindeutig nicht indigen war. Die langfristige Lebensfähigkeit der indigenen Autonomie könnte jedoch eher von ihrer Aneignung auf lokaler Ebene abhängen als von der Überarbeitung rechtlicher Bestimmungen. In dieser Hinsicht ist Autonomie am besten als ein Zeichen politischer Identität und nicht als ein rechtliches Konzept zu betrachten“ (Harvey 2005: 16).

- Badiou, Alain (2002) *Ethics: an essay on the understanding of Evil*. London – New York: Verso.
- Birand, M. A. (2009) ,*Let's hear the voice of the Kurds (II)*' (accessed 9 April 2009).
- Barkey, H. & Fuller, G. (1998) *Turkey's Kurdish Question*. Oxford: Rowman & Littlefield.
- Bila, Fikret (2004) *Satranç tahtasındaki yeni hamleler: Hangi PKK?*, Ankara: Ümit Yayıncılık.
- Bookchin, Murray (1982) *The ecology of freedom: the emergence and dissolution of hierarchy*. California: Cheshire Books.
- Bookchin, Murray (1992) *Libertarian Municipalism: An Overview*, Society and Nature, vol. 1, No. 1.
- Bookchin, Murray (1993) *The Meaning of Confederalism, Society and Nature*, vol.1, No. 3.
- Bookchin, Murray (1996) *From Urbanization to Cities: Toward a New Politics of Citizenship*. London: Cassell.
- Casier, Marlies (2010) ,*Turkey's Kurds and the Quest for Recognition. Transnational Politics and the EU-Turkey accession negotiations*' , Ethnicities 10 (1), pp. 3–25
- Casier, Marlies (2011) ,*Beyond Kurdistan? The Mesopotamia Social Forum and the appropriation and re-imagination of Mesopotamia by the Kurdish Movement*' . Journal of Balkan and Near Eastern Studies 13 (4), pp. 417–432.
- Casier, Marlies, Joost Jongerden and Nic Walker (2011) ,*Fruitless Attempts? The Kurdish initiative and the containment of the Kurdish movement*' . New Perspectives on Turkey 44, pp. 103–127.
- Çıdam, Çiğdem (2010) ,*Antonio Negri's Radical Critique of Contemporary Capitalism: Invoking Love, Revolutionizing Politics and Theorizing Democracy*' . Paper presented at the Annual Meeting of Political Science Association Washington DC, September 1–4, 2010.
- Ergin, Sedat (2009) ,*Politicians also subject to gravity*' (accessed 9 April 2009).
- Gambetti, Zeynep (2009) ,*Politics of placel/space: The spatial dynamics of the Kurdish and Zapatista movements*' . New Perspectives on Turkey 41, pp. 43–87.
- Gellner, Ernest (1983) *Nations and Nationalism*, Oxford: Basil Blackwell.
- Gellner, Ernest (1997) ,*The Turkish Option in Comparative Perspective*' . In: Sibel Bozdoğan and Reşat Kasaba (eds) *Rethinking Modernity*

- and National Identity in Turkey. Seattle and London: University of Washington Press.
- Güneş, Cengiz (2012) *The Kurdish National Movement in Turkey: From Protest to Resistance*. London & New York: Routledge.
- Hardt, Michael and Antonio Negri (2000) *Empire*. Cambridge: Harvard University Press.
- Hardt, Michael and Antonio Negri (2004) *Multitude: War and Democracy in the Age of Empire*, New York: Penguin Press.
- Hardt, Michael and Antonio Negri (2009) *Commonwealth*, Belknap Press of Harvard University Press.
- Harvey, Neil (2005) ‚Inclusion through Autonomy: Zapatistas and Dissent‘, NACLA Report on the Americas 39, pp. 12–45. URL: <http://www2.fiu.edu/~hudsonv/Harvey.pdf> (accessed 12 June 2010).
- Heper, M. (2007) *The state and Kurds in Turkey*. New York: Palgrave Macmillan.
- Jongerden, Joost (2007) *The Settlement Issue in Turkey and the Kurds*, Leiden & Boston: Brill.
- Jongerden, Joost and Ahmet Hamdi Akkaya (2011) ‚Born from the Left. The making of the PKK‘. In: Marlies Casier and Joost Jongerden (eds). Nationalisms and Politics in Turkey: Political Islam, Kemalism and the Kurdish Issue. London & New York: Routledge.
- Karasu, Mustafa (2009) *Radikal demokrasi*. Neuss: Mezopotamya Yayınları.
- Küçükaydın, Demir (2009) Öcalan’a *Mektuplar*, 2nd ed., Köxüz Digital Yayınlar. URL: <http://www.akintiya-karsi.org/koxuz/node/4758> (accessed 15 January 2013).
- Laclau, Ernesto and Chantal Mouffe (1985) *Hegemony and socialist strategy: towards a radical democratic politics*. London / New York: Verso.
- Lenin, Vladimir Ilyich (1972 [1914]) ‚The Right of Nations to Self-Determination‘, in: Collected Works, Moscow: Progress Publishers, Vol. 20, pp 393–454.
- Newman, Saul (2010) ‚The horizon of anarchy: Anarchism and contemporary radical thought‘, Theory and Event 13 (2).
- Öcalan, Abdullah (2004) *Bir halkı savunmak*. Weşanên Serxwebûn.
- Öcalan, Abdullah (2008) *War and Peace in Kurdistan*, Cologne: International Initiative Freedom for Öcalan – Peace in Kurdistan.
- Özcan, Ali Kemal (2006) *Turkey’s Kurds: A Theoretical Analysis of the PKK and Abdullah Öcalan*. Oxon: Routledge.

- Özkök, Ertuğrul (2009) ‚Sanacaksınız ki karşı çıkacağım‘ (accessed 9 April 2009).
- PKK (2005) *Partiya Karkerên Kurdistan PKK Yeniden İnşa Kongre Belgeleri*. Istanbul: Çetin Yayınları.
- PKK (2009) Kürt Sorununda Çözümüne Doğru *Demokratik Özerklik*. Weşanên Serxwebûn.
- Yeğen, Mesut (1999) ‚*The Kurdish Question in Turkish State Discourse*‘. *Journal of Contemporary History* 34 (4), pp. 555–568.
- White, Damian F. (2008) *Bookchin: A Critical Appraisal*. London: Pluto Press.
- Žižek, Slavoj (2007) *Robespierre, Virtue and Terror*. London: Verso.